

# Wiesbadener Zeitung

## Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Erscheint 12mal wöchentlich. — Bezugspreis: In Wiesbaden u. bei anderen am Postamt monatlich 2.50 M., vierteljährlich 7.50 M., halbjährlich 12.50 M., jährlich 25.00 M. Durch die Post monatlich 2.50 M., vierteljährlich 7.50 M., halbjährlich 12.50 M., jährlich 25.00 M. ohne Beleggeld. Das Beleggeld wird von den Zeitungsbesitzern und durch die Post besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Mittelstraße 11. Fernruf Nr. 3315, 3316, 3317. — Anzeigenpreis: Die 42 mm breite Kolonne jeile 60 Pf., die 60 mm breite Kolonne jeile 80 Pf.; außerhalb: 75 Pf. je 1000. Ausland 2.— bzw. 3.— M. pro 1000. Sonstige Beilagen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 230

Dienstag, 18. Mai 1920.

74. Jahrgang

### Erwerbslosenfürsorge.

Durch die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 5. Mai 1920 wird die Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge erneut abgeändert. Entsprechend den gerade in den letzten Monaten stark gestiegenen Preisen wurden die Höchstätze fast durchweg erhöht werden. Auch wird von nun an bei männlichen Erwerbslosen über 21 Jahre ein Unterschied gemacht werden, ob sie im eigenen Haushalt leben oder nicht: Dieser Unterschied bestand bisher schon bei weiblichen Unterhalteten. Es beträgt künftig der Höchstatz in der Ortsklasse A, zu der die meisten großen Städte gehören, für Männer mit eigenem Haushalt täglich 8 M., für Männer in fremdem Haushalt täglich 7 M., während bisher in beiden Fällen nur 6 M. gezahlt werden durften; männliche Erwerbslose unter 21 Jahren erhalten 5 M. (bisher 4.25 M.). Für weibliche Erwerbslose mit eigenem Haushalt ist der Höchstatz in der Ortsklasse A von 5 auf 6 M. hinaufgesetzt worden entsprechend wurde mit den Sätzen für die anderen Ortsklassen verfahren. Auch die Familienzuschläge, die im Januar erhöht wurden, wurden bereits erneut heraufgesetzt. In denjenigen Fällen, in denen die neuen Höchstätze in einem auffälligen Mißverhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung stehen, kann die Unterhaltung durch Anordnung der Landeszentralbehörde mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers bis zu dem vom Oberverwaltungsamt festgesetzten Höchstätze erhöht werden; dagegen ist die Bestimmung, daß der Höchstatz unter allen Umständen die Mindestgrenze der Unterhaltung bildet, weggefallen. Die neuen Sätze treten rückwirkend vom 1. Mai d. J. in Kraft.

Während die Erhöhung der Sätze eine nicht unerhebliche finanzielle Mehrbelastung von Reich, Ländern und Gemeinden bedeutet, ermöglicht die zunehmende Besserung des Arbeitsmarktes einen wesentlichen Schritt auf dem Wege zum Abbau der nur für die Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung bestimmten Fürsorge dadurch zu tun, daß vom 1. August d. J. ab die Fürsorge grundsätzlich nur für die Dauer von insgesamt 26 Wochen gewährt wird. Ausnahmen bedürfen in besonderen Fällen der Zustimmung der Landeszentralbehörde oder der von ihr bezeichneten Stelle zur Vermeidung unnötiger Härten. Für Angehörige von Berufslosen, die einen besonders günstigen Arbeitsmarkt aufweisen, kann die Höchstdauer der Unterhaltung sogar bis auf 13 Wochen beschränkt werden. Auf diese Weise hofft man, die Erwerbslosenfürsorge von den chronischen Erwerbslosen, die als Arbeitskräfte für das Wirtschaftsleben nicht mehr in Betracht kommen, zu entlasten. Die sogenannte Kurzarbeiterunterstützung bleibt von dieser zeitlichen Beschränkung einwillen unberührt.

Durch die Beschränkung der Fürsorge auf eine bestimmte Frist wird auch der Übergang zur künftigen Arbeitslosenversicherung, deren Bestimmungen ebenfalls befristet sein werden, angedeutet. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang noch, daß nach den letzten Berichten der Demobilisierungskommission die Zahl der unterstützten Erwerbslosen eine weitere Abnahme auf etwa 312 000 erfahren hat.

### Aufruf der Pfarrergemeinschaft der Deutschen Volkspartei.

Die Evangelische Pfarrergemeinschaft der Deutschen Volkspartei erklärt folgenden Aufruf an die Kollegen im Reich: Wir haben uns aus innerer Überzeugung der Deutschen Volkspartei angeschlossen.

Wo sollten evangelische Pfarrer lieber sein, als in einer Partei, die, obwohl aller Einseitigkeit, alle Kräfte und Gruppen des Volkes sammeln will zum Wiederaufbau unseres geliebten Vaterlandes? Wir sind doch gewohnt, nicht in die Wette zu schwören, sondern in Liebe zu beugen, was unmittelbar vor unseren Augen ist, wir kennen doch den Wert irdischer Kraft, die aus heimischer Scholle wächst!

Wo sollten evangelische Pfarrer lieber sein, als in einer Partei, die mit vollem Verständnis für die Vielgestaltigkeit unseres Wirtschaftslebens doch warmherzig sozialer Verbündeter auftritt und im Gedanken der Arbeitsgemeinschaft den einzigen Weg dazu weist? Wir wissen doch, daß nicht Theorien, sondern Bezeugungen von Mensch zu Mensch Freude und Glück des Lebens schaffen.

Wo sollten evangelische Pfarrer lieber sein, als in einer Partei, die mit aller Schärfe den sittlich-religiösen Idealismus als den Quell betrachtet, aus dem neue Kräfte zur Wiedergeburt unseres innerlich wie äußerlich ermüdeten Volkes fließen. Wir wissen doch, daß der Geist den Körper baut und daß reine, harte Persönlichkeit allein die Beweiser zu neuen Dingen sind.

Darum fordern wir unsere Berufsgenossen auf, mit uns in den Reihen der Deutschen Volkspartei für eine lichtere deutsche Zukunft zu kämpfen und möglichst auch unserer Pfarrergemeinschaft beizutreten, die der Partei ein beratender Helfer sein will in allen religiösen und kirchlichen Fragen.

Die Pfarrergemeinschaft der Deutschen Volkspartei.

Dr. Luther, Vorsitzender; Charlottenburg, Weinstraße 79.

### Streik der Berliner Telegraphenarbeiter.

Berlin, 17. Mai. Die Telegraphenarbeiter von Groß-Berlin sind heute vormittag in den Ausstand getreten. Sie zogen in Demonstrationen durch die Stadt.

### Angriffe auf Breslauer Studenten.

Eine mit Knäpeln bewaffnete Menge begann am Sonntag mittag in Breslau schwere Ausschreitungen gegen die einen Sonntagssammel veranstaltenden schulentragenden Studenten in der Schweidnitzerstraße. Den Studenten wurden die Rüden und Hände abgerissen und mehrere verletzt.

### Die Brotversorgung gefährdet?

Aus einem Rundschreiben der Reichsgetreidekasse an die Kommunalverbände geht hervor, daß die Gefahr eines allgemeinen Zusammenbruchs der Brotversorgung in bedrohliche Höhe gerückt ist.

### Zur Beseitigung der Zwangswirtschaft.

Unter dem Vorsitz des Ernährungsministers Dr. Hermeß hat am Samstag in Berlin eine Beratung der Ernährungsminister der deutschen Reichsteile stattgefunden, wobei als Ziel die baldige Beseitigung der Zwangswirtschaft allgemein angenommen wurde.

### Forderungen der süddeutschen Landwirte.

In einer am 6. Mai d. J. in Darmstadt stattgefundenen Vertreterversammlung süddeutscher landwirtschaftlicher Berufsvereinigungen (vertreten waren die Landwirtschaftskammern Baden, Württemberg, Hessen, Wiesbaden, die Bezirksbauernschaft Kurhessen, die Bezirksbauernschaft für Nassau und den Kreis Weslar und der Hessische Bauernverein; seitens der Regierung nahm der Leiter der Bezirksstelle, Geh. Oberregierungsrat Dr. Dörge, an der Sitzung teil) wurden einstimmig folgende Forderungen für die Landwirtschaft landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Wirtschaftsjahre 1920/21 gestellt.

1. Brotgetreide. Die süddeutsche Landwirtschaft ist grundsätzlich für die Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung des Brotgetreides. Falls die Vorbedingungen hierfür vorerst noch nicht gegeben sein sollten, verlangt die süddeutsche Landwirtschaft, daß die Mindestpreise, die durch Verordnung vom 12. März d. J. festgesetzt worden sind, entsprechend der Steigerung der Löhne und der Erhöhung der übrigen Produktionskosten (Düngemittel usw.) automatisch Zuschläge treten. Da seit 8. April d. J. alle Futtermittel, die der Landwirt nicht erwerbslos sind, wird auch die völlige Freigabe des Getreides verlangt.

2. Kartoffeln. In Anbetracht des erschwerten Abgabes, den die Kartoffelanbaufläche unter der Wirkung der Abnahme der Bevölkerung erfahren hat und der Tatsache, daß die Kartoffelversorgung im letzten Jahre völlig zusammengebrochen ist, hält die süddeutsche Landwirtschaft nach wie vor an ihrem Begehren vom 4. Februar d. J. fest und fordert von der Einbringung der Ernte 1920 ab freie Wirtschaft für Kartoffeln.

3. Fleisch. Für die Schlachttier-Bewirtschaftung wird mit sofortiger Wirkung dahingehende Forderungen gestellt, daß das Schweinefleisch aus der öffentlichen Bewirtschaftung herausgelassen ist; ebenso wird für Rindfleisch völlige Freigabe verlangt. Sollte letzteres sich nicht realisieren lassen, dann sind wenigstens die Handlungsfreiheiten freizugeben mit der Einschränkung, daß der Landwirt hiervon kein Fleisch verkaufen darf. Für Rindfleisch wird völlige Freiheit im Handel verlangt, insbesondere im Verkehr von Landwirt zu Landwirt.

4. Milch. Die Bewirtschaftung der Milch ist mit Rücksicht auf die Versorgung der Kinder, der Kranken, der Alten und der Hilfen Mütter vorerst aufrecht zu erhalten. Die süddeutsche Landwirtschaft verlangt aber, daß die bereits im Februar d. J. erhobene Forderung zur Entlastung der Milch, nämlich, daß Milchverleiher mit sofortiger Wirkung nach Landesstellen durch Wirtschaftskontrollen ersetzt werden gemäß den Vorschlägen der Bezirksstellen für den Regierungsbezirk Wiesbaden vom 2. Februar d. J. Die Wirtschaftskontrollen müssen sofort zusammengebrochen, da sonst der Wiederaufbau unseres Viehstandes und die notwendige Versorgung der Städte mit Milch gefährdet ist.

5. Delikatessen. Die Delikatessen und Genussmittel, sowie alle übrigen Pflanzen, die nicht Nahrungsmittel sind, sind unverzüglich freizugeben.

### Die Kriegsschadigung Deutschlands.

Paris, 17. Mai. Havas meldet, daß die Regierungen von Frankreich und England sich auf eine Entschädigungssumme von 120 Milliarden Goldmark einigten, um Anschaffungen zu vermeiden. Dies sei die von Deutschland zu zahlende Entschädigung. Um die verschätzten Anschaffungen über die Entschädigung in Einklang zu bringen, schlug die französische Delegation eine Entschädigung mit dreihundertjähriger Tilgung vor mit der Möglichkeit, daß das Deutschland dieser Verpflichtung durch Anleihen entledigen könnte. Der Anteil Frankreichs an den 120 Milliarden Goldmark beträgt 66 Milliarden oder 55 Prozent. England erhält 25 Prozent.

### Aus Schleswig.

Gegen die Kronenwährung.

DZ. Berlin, 17. Mai. Die deutsche Regierung hat gegen die beschlossene Einführung der Kronenwährung in der ersten schleswigschen Abstimmungsszone durch eine Note Protest eingelegt, die dem deutschen Geschäftsträger in Paris und dem deutschen Delegierten bei der internationalen Abstimmungskommission für Schleswig überreicht wurde. In der Note wird darauf hingewiesen, daß das Münzrecht, solange die erste Zone nicht endgültig Dänemark angeschlossen worden sei, unter die Hoheitsrechte falle, die bis zur endgültigen Entscheidung Deutschland anstehen. Die Einführung der Kronenwährung würde außerdem die wirtschaftliche Lage der in Mark besoldeten deutschen Beamten so außerordentlich erschweren, daß ihnen die Weiterführung der Geschäfte nicht zugemutet werden könnte.

### Eine Rundgebung für Deutschland.

DZ. Flensburg, 17. März. Gegenüber den Versuchen, die Einwohner der vier Kirchspiele südlich der Clausen-Linie, Avenst, Meldeby, Sadel und Süderlügum, für die Annexion des Gebietes an Dänemark zu gewinnen, ist seitens der Bevölkerung selbst eine entscheidende Rundgebung erfolgt. Von den 1800 einheimischen Stimmberechtigten der vier Kirchspiele haben 1400 schriftlich erklärt, bei Deutschland zu bleiben.

### Schwierigkeiten der Kabinettsbildung in Italien.

DZ. Mailand, 18. Mai.

Nach dem „Secolo“ ist Bonomi der Ansicht, daß infolge der Haltung der katholischen Volkspartei die gegenwärtige parlamentarische Lage so ungünstig ist, daß keine Regierung mit der nötigen parlamentarischen Unterstützung Reformen vorbereiten könne. Da sie fortwährend durch die härteste parlamentarische Gruppe mit einem Angriff bedroht werde, die der „Secolo“ weiter meldet, ist jetzt Ritti wieder mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut worden.

### Das neue serbische Kabinett.

Belgrad, 16. Mai.

Nach langen Beratungen ist am 15. Mai ein Koalitionskabinett gebildet worden, das sich wie folgt zusammensetzt: Ministerpräsident Radomir (radikal), Minister ohne Portefeuille und Auswärtiges Trumbitch (Dalmatiner), Vizekanzler Prochisch (Führer der Demokratischen Partei), vormaliger Minister des Inneren Antichitch (radikal), Kriegsminister General Novanowitch. Das Kabinett umfasst neun Mitglieder der ehemaligen Mehrheitspartei und acht Mitglieder der Demokratischen Partei, die die Typographen bilden.

### Landtagswahlen im Reich.

In Braunschweig haben Wahlen stattgefunden. Nach den vorläufigen Ergebnissen erhielten die Unabhängigen 23, die Reichssozialdemokraten 8, die Demokraten 6 und der Landeswahlverband 23 Sitze im Landtag. Die Reichssozialisten sind von 17 auf 8 und die Demokraten von 13 auf 6 Sitze zurückgegangen.

Bei den Wahlen zum mecklenburgischen Landtag erhielten die Reichssozialdemokraten 15 Sitze, die Demokraten 10, die Sozialisten 5, die Landwirte 4 und die Unabhängigen 1 Sitz. Bei den letzten Wahlen gingen die beiden sozialdemokratischen Parteien geschlossen vor und erhielten mit 18 Sitzen die Mehrheit im Landtag gegen 17 der bürgerlichen Parteien.

### Ende des Bankbeamtenstreiks.

Eisen, 17. Mai. Der Streik der Bankbeamten in Rheinland und Westfalen ist beendet.

### Die Streiklage in Frankreich.

Die Streikbewegung in Frankreich dauert an. Es ist schwer, ein Urteil darüber zu gewinnen, ob die Bewegung angenommen hat oder nicht. Die Regierung lehnt es nach wie vor ab, zu verhandeln, bevor nicht der Streikbefehl rückgängig gemacht ist.

### Der russisch-polnische Krieg.

Konstantinopel, 18. Mai. Havas zufolge ziehen die Bolschewiken alle Streitkräfte aus dem Kaukasus zurück, um gegen die Polen kämpfen zu können.

### Die Unruhen in Irland.

London, 18. Mai. In Londonderry (Irland) brachen am Sonntag erneut Unruhen aus. Es kam zu heftigen Kämpfen zwischen Unionisten und Sinnfeinern. — Über die Zwischenfälle, die sich in der Nacht zum Sonntag in Londonderry abgespielt haben, melden die Blätter folgende Einzelheiten: Vier Stunden lang wurde in den Straßen von Londonderry gekämpft. Der ganze Sonntag fand im Zeichen des Bürgerkrieges. Die Unionisten und die Sinnfeiner hatten zwei Gassen der Stadt besetzt und beschossen sich gegenseitig, da sich die Polizei zurückgezogen hatte. Zahlreiche Fensterbrüche wurden eingeschlagen und Türen geplündert. Kurz nach Mitternacht erlosch aber die Polizei und verhaftete zahlreiche Sinnfeinangehörige.

### Thrazien gegen Griechenland.

Nach einer Meldung des Berliner Vokalanzigers aus Rom bezieht eine Athener Meldung, daß auch Thrazien wie ein Mann gegen die Griechen aufstehe. Die Erhebung werde von türkischen Offizieren geleitet.

### Enver Pascha.

London, 17. Mai. Der „Times“ wird aus Teheran vom 12. Mai von zuverlässiger Seite berichtet, daß Enver Pascha in Baku eingetroffen sei und die persische Regierung benachrichtigt habe, daß die auswärtigen Missionen in Baku mit Ausnahme der persischen interniert worden seien.

### Endliche Rückkehr aus Rußland.

Aus Swinemünde wird gemeldet, daß dort am Sonntag der erste Transport der aus Rußland auf dem Seewege heimkehrenden deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen in Stärke von 350 deutschen und 200 österrösischen Kriegs- und Zivilgefangenen eintraf.

